

Zwischen Gaza und Berlin – zwei Botschaften bleiben unerledigt

von Reiner Bernstein

Zugegeben: Der Bundestag kann keine Denkfabrik sein, die auf längere Zeiträume hinaus strategische Konzepte zur Beantwortung drängender Fragen oder gar zur Überwindung schwerer Krisen entwickeln kann. Vielmehr ist der Bundestag wie jede parlamentarische Demokratie der Ort der Auseinandersetzung und der pragmatischen Konsensfindung. Dass er sich außerdem von Versuchen der notorischen Einflussnahme durch den Zentralrat der Juden in Deutschland, dessen nahostpolitisches Mandat höchst zweifelhaft ist, allmählich emanzipiert, ist ein Zeichen im Prozess der unabhängigen politischen Willensbildung¹. Zwar ist unter Abgeordneten die Ablehnung der israelischen Besatzungspolitik längst kein Tabu mehr, doch vor der öffentlichen Kritik standen Befürchtungen, als antisemitisch stigmatisiert zu werden. Es bedurfte der Politik Israels selbst, um solche Ängste zu begrenzen.

Insofern unterscheiden sich die Redebeiträge am 01. Juli 2010 um den gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie um den Antrag der Partei DIE LINKE, ausgehend von den „Ereignisse(n) um die Gaza-Flottille“ und der „Untersuchung des israelischen Angriffs auf den Gaza-Hilfstransport“, nicht von früheren Debatten. Dass DIE LINKE trotz ihrer dezidierten Kritik am Vorgehen der israelischen Spezialeinheit gegen die Schiffe internationaler Friedensaktivisten dem Mehrheitsantrag zugestimmt hat, ist neben allem legitimen parteitaktischen Kalkül auch deshalb bedeutsam, weil die Einschätzung der Vorgänge am 31. Mai, ihre Voraussetzungen und ihre Auswirkungen – die seit 2007 anhaltende israelische Blockade des Küstenstreifens – parteiübergreifend kaum kontrovers ist. Schon

die Debatte in der Aktuellen Stunde am 10. Juni deutete auf großes Einvernehmen hin.

Gleichwohl: Geht man beide Anträge durch und lässt die Redebeiträge in ihrer politischen Substanz Revue passieren, stellt sich ein gewisses Unbehagen ein. Die Abgeordneten haben sich überwiegend zutreffend geäußert, alle haben die sofortige Aufhebung der Blockade verlangt und betont, dass sie für die israelischen Sicherheitsinteressen kontraproduktiv sei, und darüber hinaus auf die Achtung des Völkerrechts aufmerksam gemacht sowie an Israelis und Palästinenser appelliert, umgehend Friedensverhandlungen aufzunehmen, speziell die LINKE unter Einbeziehung von „Hamis“. Interessant im übrigen, dass in beiden Anträgen die Metapher vom „Frieden“ nicht auftaucht, sondern vom „politischen Prozess“ die Rede ist.

Auch wenn insgesamt der Tenor der Beiträge befriedigt, springen sie doch zu kurz. Denn hinter der Aufforderung nach einer vom UN-Sicherheitsrat geforderten internationalen Untersuchung des Todes von neun türkischen Aktivisten sowie des allfälligen Verweises auf die notwendige Zweistaatenregelung verbirgt sich ein zentrales Problem, das der selbstkritischen Aufarbeitung bedarf: Die Parteien im Bundestag sollten der Frage nachgehen, warum ihre Forderungen politisch chancenlos geblieben sind. Ist das Scheitern möglicherweise darauf zurückzuführen, dass sich die deutsche Nahostpolitik überhebt, wenn sie auf die friedliche Regelung des Konflikts Einfluss nehmen will? Weiter gefragt: Sollte sich die Bundesregierung angesichts des Misserfolgs politisch und diplomatisch zurückziehen oder ihr Engagement auf das notwendige Maß der Selbstbescheidung reduzieren?

Zu hören ist in Berlin, dass manche Abgeordnete einer solchen Reduktion unter dem Eindruck jahrzehntelanger Niederlagen und Frustrationen zuneigen. Denn zahllose materielle und intellektuelle Ressourcen haben nicht verhindern können, dass ein wie auch

immer gearteter Frieden zwischen beiden Völkern ausgeblieben ist, ja dass die Konfrontation immer neue Zyklen der anscheinenden Unlösbarkeit gebiert. Selbst den USA als der Vormacht in der Region ist ein Durchbruch versagt geblieben – der nur zu Lasten Israels gehen könnte, weil nach den Erfahrungen des zweiten Golfkrieges gegen Irak der vom UN-Sicherheitsrat mandatierte und von den USA geführte Krieg gegen Saddam Hussein die arabische Welt spaltete: Ihre Regierungen verbitten sich Eingriffe in ihre Souveränität. Interessanterweise hat Sonderbotschafter George Mitchell jüngst eine diplomatische Formel vorgetragen, die auch in Berlin und in den anderen Hauptstädten Europas Aufmerksamkeit finden sollte: Washington wolle „Bedingungen“ für direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien schaffen.

Das zeichnet sich eine neue Tonlage ab, führt man sich vor Augen, dass Washington bislang zwischen der Rolle als politischer Vermittler und Makler schwankte. Nun soll es um Rahmensetzungen gehen. In der Administration setzt sich mithin die Einsicht durch, dass sich beide Seiten der direkten Einflussnahme durch Dritte zu entziehen versuchen und an ihre Stelle die eigenen Interessen setzen. Die Verweise auf die politische Asymmetrie zu Lasten der Palästinenser beginnen ihre Gültigkeit zu verlieren.

Palästinensischer Weg zum geschichtlichen Subjekt

Auf palästinensischer Seite ist an die Stelle der Unebenbürtigkeit ein äußerst kreativer Diskurs zu Kernfragen des Konflikts getreten – so zur Regelung des Flüchtlingsproblems und zu Bedingungen, unter denen den jüdischen Siedlern das ständige Wohnrecht in einem Staat Palästina eingeräumt werden könnte analog zur Hebung der jüdisch-arabischen Beziehungen in Israel. Hinzu kommt, dass Machmud Abbas und Salam Fayyad in den Städten ein kleines Wirtschaftswunder bewirkt und seit dem Sommer 2009 mit Entwürfen Debatten angestoßen haben, die auf die israelische

Öffentlichkeit und die internationale Diplomatie zielen. Mit einem Satz: Auch indem sie eigene Fehler wie die Ablehnung des UN-Teilungsplans vom November 1947 eingestehen, verlassen die Palästinenser die ihnen zugedachte und häufig akzeptierte Rolle als ewige Opfer der israelischen Politik und machen sich auf den Weg zu Subjekten der Geschichte. Das neue Selbstbewusstsein läuft nicht mehr den israelischen Vorgaben hinterher, auch wenn ihm ein moderner Parteienbetrieb fehlt, der Klientelismus und Notablenwirtschaft ablöst.

Da also die palästinensischen Eigenkräfte an politischem Gewicht gewinnen und da Barack Obama die israelische Friedensszene zu Geschlossenheit und zu größerer Aktivität auffordert, weil er ansonsten über keinen Hebeleinfluss auf die israelische Regierung verfüge, sollten solche Entwicklungen und Appelle in Berlin Resonanzen auslösen, die über die eingefahrenen Geleise der Diplomatie hinausweisen. Auch die Autonomiebehörde muss hausgemachte Widerstände abstellen, zu denen Nathan J. Brown vom „Carnegie Endowment“ Demokratie-Defizite, Beschädigungen der Zivilgesellschaft und das strukturelle Versagen von „Fatah“ gerechnet hat.

Zu bedenken wäre, dass Bundesregierung und Bundestag viel stärker als bisher darauf setzen, jenen politischen Kräften auf beiden Seiten ihre Beachtung zu schenken, die den Kreislauf des ewig Gleichen – des Scheiterns – zu durchbrechen suchen. Ein solcher Ansatz muss nicht auf die „normalen Beziehungen“ von Regierung zu Regierung verzichten, aber er könnte, klug dosiert und unbeirrt, eine zweite Handlungsebene aufbauen, welche die Regierenden sowie ihre gesellschaftlichen Stützen vor Ort nötigt, sie nicht länger zu vernachlässigen. Dazu braucht es keine europaweite Abstimmung. Jedenfalls gewinnt die Bilanz an Offenheit, auch wenn die Zweistaatenlösung in weite Ferne gerückt ist.

¹ In seiner „Resolution“ schrieb der Zentralrat am 30. Juni 2010, dass der interfraktionelle Antrag von Union, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelantrag der LINKEN „auf einer unvollständigen Informationslage und einem Gemisch aus Halbwahrheiten und Vorurteilen in der Öffentlichkeit (beruhen). Sie sind eine einseitige Parteinahme gegen Israel. Dieses Verhalten ist beispiellos in der Geschichte der Freundschaft der Bundesrepublik Deutschland und Israel und verschärft den Konflikt im Nahen Osten, statt eine Friedensperspektive zu ermöglichen.“